

**Niederschrift**  
über die 2. öffentliche Sitzung  
**des Ausschusses für Recht, Sicherheit und Sport**  
am **Donnerstag, 25. April 2024, 17:00 Uhr**  
im Sitzungssaal des Magistrats, Rathaus, Kassel

29. April 2024  
1 von 4

**Anwesende:**

**Mitglieder**

Vera Wilmes, Vorsitzende, CDU  
Alfons Fleeer, 1. stellv. Vorsitzender, B90/Grüne  
Manuela Ernst, 2. stellv. Vorsitzende, FDP  
Dr.-Ing. Martin Hoppe-Kilpper, Mitglied, B90/Grüne (Vertretung für Frau Julia Herz)  
Maria Stafyllaraki, Mitglied, B90/Grüne (Vertretung für Herr Mustafa Gündar)  
Mirko Düsterdieck, Mitglied, SPD  
Matthias Grund, Mitglied, CDU  
Jan Hörmann, Mitglied, CDU  
Ali Timtik, Mitglied, parteilos (bis 18.23 Uhr)  
Michael Werl, Mitglied, AfD

**Magistrat**

Heiko Lehmkuhl, Stadtrat, CDU

**Schriftführung**

Sabine John, Büro der Stadtverordnetenversammlung

**Entschuldigt:**

Katja Wurst, Mitglied, SPD  
Volker Zeidler, Mitglied, SPD  
Jennifer Rieger, Stadtverordnete, Die PARTEI

**Verwaltung und andere Teilnehmer/-innen**

Kendra Rebbe, Dezernat für Ordnung, Sicherheit und Sport  
Marco Ferreira Vieira, Rechtsamt

**Tagesordnung:**

1. **Die Stadt stellt sich gegen Diskriminierung und Rassismus** 101.18.1420
2. **Ordnung zur Änderung der Tarifordnung für die Benutzung der städtischen Sporthallen vom 27. Mai 2013 (Erste Änderung)** 101.19.1090
3. **Kooperationsprojekt „Bewegungsangebot Fit wie Herkules“** 101.19.1065

Vorsitzende Wilmes eröffnet die mit der Einladung vom 18. April 2024 ordnungsgemäß einberufene 2. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Recht, Sicherheit und Sport, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit und die Tagesordnung fest.

2 von 4

## 1. Die Stadt stellt sich gegen Diskriminierung und Rassismus

Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 23. September 2019

Bericht des Magistrats

-101.18.1420-

### Beschluss

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus sind bundesweit eine Gefahr für unser friedliches Zusammenleben. Rassistische Hetze, Morddrohungen gegen politische, behördliche und ehrenamtliche Vertreter\*innen sind zum Alltag vor allem in den sozialen Netzwerken geworden. Das lassen wir nicht zu.

Rechtsextreme Netzwerke gefährden Leib und Leben von Bürger\*innen und wollen den demokratischen Staat, seine Vertreter\*innen und die Menschen in Angst und Schrecken versetzen. Das Ziel des rechten Terrors ist es, die demokratische Gesellschaft zu delegitimieren und zu destabilisieren, um sich selbst als alleinige Ordnungsmacht zu präsentieren. Kommunalen Institutionen der Stadt Kassel wie auch den Bürger\*innen ist diese Gefährdungslage mit den NSU Morden und dem Mordanschlag auf Dr. Walter Lübcke noch stärker bewusst geworden.

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kassel soll daher jährlich über die aktuelle Gefährdungslage durch rechtsextremistische Akteure unterrichtet werden, um die Gefährdungslage einschätzen zu können und notwendige Gegenmaßnahmen zur Abwehr und zur Prävention entwickeln zu können. Der Magistrat wird gebeten, dazu Vertreter der zuständigen Behörden und befasste Beratungsstellen wie das Mobiles Beratungsteam Hessen (MBT) in den Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung einzuladen.

Herr Dr. Johne, Landesamt für Verfassungsschutz Hessen, führt kurz in das Thema ein.

Frau Plavcic, Landesamt für Verfassungsschutz Hessen, erläutert anhand einer PowerPointPräsentation die Veröffentlichung von Rechtsextremismusbeiträgen im Bereich des Videoportals TikTok. Sie stellt die Funktionsweisen und Beeinflussungen durch Algorithmen und die Verbreitung von rechtsextremistischer Musik besonders bei jüngeren Nutzerinnen und Nutzern durch TikTok vor.

Im Anschluss beantworten Herr Dr. Johne und Frau Plavcic die Fragen der Ausschussmitglieder.

3 von 4

**Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.**

**2. Ordnung zur Änderung der Tarifordnung für die Benutzung der städtischen Sporthallen vom 27. Mai 2013 (Erste Änderung)**

Vorlage des Magistrats

- 101.19.1090 -

**Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Ordnung zur Änderung der Tarifordnung für die Benutzung der städtischen Sporthallen vom 27. Mai 2013 (Erste Änderung) in der aus der Anlage 1 zu dieser Vorlage ersichtlichen Fassung.“

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit und Sport fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

Abwesend: DIE LINKE

den

**Beschluss**

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Ordnung zur Änderung der Tarifordnung für die Benutzung der städtischen Sporthallen vom 27. Mai 2013 (Erste Änderung), 101.19.1090, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Fler

**3. Kooperationsprojekt „Bewegungsangebot Fit wie Herkules“**

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen der B90/Grüne, CDU und FDP  
- 101.19.1065 -

4 von 4

### **Gemeinsamer Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Wir bitten den Magistrat – sobald erste Ergebnisse der Evaluation vorliegen – über das Projekt „Fit wie Herkules“ ein Bewegungsangebot für Grundschul Kinder, im Ausschuss für Recht, Sicherheit und Sport zu berichten.

Stadtverordneter Fleer, Fraktion B90/Grüne, begründet den gemeinsamen Antrag der Fraktionen B90/Grüne, CDU und FDP.

Stadtrat Lehmkuhl beantwortet die Fragen der Ausschussmitglieder.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit und Sport fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

Abwesend: DIE LINKE

den

### **Beschluss**

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen B90/Grüne, CDU und FDP betr. Kooperationsprojekt „Bewegungsangebot Fit wie Herkules“, 101.19.1065, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Düsterdieck

**Ende der Sitzung:** 18:41 Uhr

Vera Wilmes  
Vorsitzende

Sabine John  
Schriftführerin

Auszug aus der 34. öffentlichen Sitzung  
der Stadtverordnetenversammlung  
vom 23. September 2019

7. Oktober 2019  
1 von 3

---

**Die Stadt stellt sich gegen Diskriminierung und Rassismus**  
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD und B90/Grüne und des  
Stadtverordneten Andreas Ernst  
- 101.18.1420 -

➤ **Geänderter gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD und B90/Grüne und des  
Stadtverordneten Andreas Ernst**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus sind bundesweit eine Gefahr für unser friedliches Zusammenleben. Rassistische Hetze, Morddrohungen gegen politische, behördliche und ehrenamtliche Vertreter\*innen sind zum Alltag vor allem in den sozialen Netzwerken geworden. Das lassen wir nicht zu.

Rechtsextreme Netzwerke gefährden Leib und Leben von Bürger\*innen und wollen den demokratischen Staat, seine Vertreter\*innen und die Menschen in Angst und Schrecken versetzen. Das Ziel des rechten Terrors ist es, die demokratische Gesellschaft zu delegitimieren und zu destabilisieren, um sich selbst als alleinige Ordnungsmacht zu präsentieren. Kommunalen Institutionen der Stadt Kassel wie auch den Bürger\*innen ist diese Gefährdungslage mit den NSU Morden und dem Mordanschlag auf Dr. Walter Lübcke noch stärker bewusst geworden.

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kassel soll daher jährlich über die aktuelle Gefährdungslage durch rechtsextremistische Akteure unterrichtet werden, um die Gefährdungslage einschätzen zu können und notwendige Gegenmaßnahmen zur Abwehr und zur Prävention entwickeln zu können. Der Magistrat wird gebeten, dazu Vertreter der zuständigen Behörden und befassete Beratungsstellen wie das Mobiles Beratungsteam Hessen (MBT) in den Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung einzuladen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei  
Zustimmung: SPD, B90/Grüne, Kasseler Linke, FDP+FW+Piraten,  
Stadtverordnete Ernst und Dr. Hoppe  
Ablehnung: AfD  
Enthaltung: CDU  
den

### Beschluss

**Abs. 1** des geänderten gemeinsamen Antrages der Fraktionen der SPD und B90/Grüne und des Stadtverordneten Ernst betr. Die Stadt stellt sich gegen Diskriminierung und Rassismus, 101.18.1420, wird **zugestimmt**.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei  
Zustimmung: SPD, B90/Grüne, Kasseler Linke, FDP+FW+Piraten,  
Stadtverordnete Ernst und Dr. Hoppe  
Ablehnung: AfD  
Enthaltung: CDU  
den

### Beschluss

**Abs. 2** des geänderten gemeinsamen Antrages der Fraktionen der SPD und B90/Grüne und des Stadtverordneten Ernst betr. Die Stadt stellt sich gegen Diskriminierung und Rassismus, 101.18.1420, wird **zugestimmt**.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei  
Zustimmung: SPD, CDU, B90/Grüne, Kasseler Linke, FDP+FW+Piraten,  
Stadtverordnete Ernst und Dr. Hoppe  
Ablehnung: AfD  
Enthaltung: --  
den

### Beschluss

**Abs. 3** des geänderten gemeinsamen Antrages der Fraktionen der SPD und B90/Grüne und des Stadtverordneten Ernst betr. Die Stadt stellt sich gegen Diskriminierung und Rassismus, 101.18.1420, wird **zugestimmt**

➤ **Änderungsantrag der AfD-Fraktion**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

**Extremismus, Gewalt und Terrorismus** sind bundesweit eine Gefahr für unser friedliches Zusammenleben. **Hetze, Morddrohungen** gegen politische, behördliche und ehrenamtliche **Vertreter** sind zum Alltag vor allem in den sozialen Netzwerken geworden. Das lassen wir nicht zu.

**Extremistische Netzwerke politischer wie religiöser Natur** gefährden Leib und Leben von **Bürgern** und wollen den demokratischen Staat, seine **Vertreter** und die Menschen in Angst und Schrecken versetzen. Das Ziel des **Terrors** ist es, die demokratische Gesellschaft zu delegitimieren und zu destabilisieren, um sich selbst als alleinige Ordnungsmacht zu präsentieren. Kommunalen Institutionen der Stadt Kassel wie auch **Bürgern** ist diese Gefährdungslage mit den NSU-Morden, dem Mordanschlag auf Dr. Walter Lübcke **sowie die anhaltend hohe Bedrohungslage durch islamistische bzw. salafistische Gefährder** noch stärker bewusst geworden.

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kassel soll daher **vierteljährlich** über die aktuelle Gefährdungslage durch extremistische Akteure unterrichtet werden, um die Gefährdungslage einschätzen zu können und notwendige Gegenmaßnahmen zur Abwehr und zur Prävention entwickeln zu können. Der Magistrat wird gebeten, dazu **Vertreter der zuständigen Behörden wie bspw. das hessische Landesamt für Verfassungsschutz** in den Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung einzuladen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: AfD

Ablehnung: SPD, B90/Grüne, Kasseler Linke, FDP+FW+Piraten,  
Stadtverordnete Ernst und Dr. Hoppe

Enthaltung: CDU  
den

**Beschluss**

Der Änderungsantrag der AfD-Fraktion betr. Die Stadt stellt sich gegen Diskriminierung und Rassismus, 101.18.1420, wird **abgelehnt**.

gez. Volker Zeidler  
Stadtverordnetenvorsteher

---



Nicole Eglin  
Schriftführerin